

BÜRGERINITIATIVE MOBILFUNKKRITIKER REGENSBURG STADT UND LAND

Vorsitzender
Dipl. Geol. Jiri Polivka
Gertrud-v.-Le-Fort-Str. 1
93051 Regensburg

PRESSEMITTEILUNG

mit der Bitte um
Veröffentlichung

Tel. (0941) 28063958
Fax (0941) 9466075
jp.polivka@t-online.de
www.mobilfunkkritiker-regensburg.de

11.07.05

ENDSPURT FÜR VOLKSBEGEHREN MOBILFUNK

„Schluss mit der Geheimniskrämerei und den nächtlich sprießenden Mobilfunkantennen“, fordert Jiri Polivka, Sprecher der BI Mobilfunkkritiker Regensburg Stadt und Land und legt damit allen Unentschlossenen nahe, sich über den Zweck des Volksbegehrens „Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ Gedanken zu machen. Fände das Begehren nämlich bayernweit seine 900.000 Unterstützer, müsste ein Volksentscheid eingeleitet werden, in dem die bayerische Bevölkerung darüber abstimmt, ob in Zukunft jede Mobilfunkantenne genehmigt werden muss. Bisher seien nur Sendeanlagen mit einer Höhe von über 10 Metern genehmigungspflichtig – das Gros der Antennen im Stadtgebiet sei jedoch kleiner und könne je nach Gusto der Mobilfunkbetreiber aufgestellt werden. „Ohne Rücksicht darauf, ob das nächste Schlafzimmer, der Kindergarten oder die Schule 20 oder 100 Meter vom Sender entfernt ist, was zählt, ist nur die billigste Lösung für den Betreiber“, so Polivka. Eine per Volksentscheid herbeigeführte Gesetzesänderung hätte zur Folge, dass vor Ausstellung der Baugenehmigung für einen Mobilfunksender die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke davon in Kenntnis gesetzt werden und dies auch mit ihrer Unterschrift bestätigen müssten. Dies würde nicht nur dem Nachbarschaftsschutz dienen sondern auch der Transparenz. Auch der Stadtrat müsse dann über die Baugenehmigungen informiert werden, was bisher mangels Genehmigungspflicht nicht der Fall sei.

Eine weitere Forderung des Volksbegehrens, beim Ausbau des Mobilfunknetzes die Belange der Gesundheitsvorsorge besonders zu berücksichtigen und dies im Bayerischen Landesent-

Stellvertretender Vorsitzender
Dipl. Ing. (FH) Edgar Bund
Prinzenweg 27, 93047 Regensburg
Tel. 5674124
bundfunk@web.de

Schriftführerin
Karin Piller
Bayerwaldstr. 5, 93059 Regensburg
Tel. 86242 privat
Tel. 5071059 Büro, Fax 5071061,
piller.karin@regensburg.de

Finanzen/Kasse
Dipl. Kfm. Peter Leicht
Hauptstr. 76c, 93105 Tegernheim
Tel./Fax 09403-4356
spleicht@aol.com

wicklungsprogramm festzuschreiben, mache den geltenden „Mobilfunkpakt II“ überflüssig. Darin hätten sich zwar die Betreiber freiwillig verpflichtet, sensible Bereiche wie Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser von ihren Netzplanungen auszuschließen. „Dass sie das nicht tun, dafür gibt es in Regensburg genug Beispiele. Die Betreiber nutzen diesen Pakt nur zu ihrem eigenen Vorteil, bezeichnen ihn als ausreichend und effektiv, weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass er rechtlich ohnehin nicht bindend ist“, so der BI-Sprecher. „Verstöße gegen diesen Pakt können nicht geahndet werden, wohl aber Verstöße gegen ein Gesetz. Hauseigentümer und Mieter, denen man sang- und klanglos eine Antenne vor die Nase gesetzt hat, müssen sich auch wehren können.“ Schließlich werde landauf landab Gesundheitsvorsorge gepredigt. Trotz sich häufender wissenschaftlicher Hinweise und zunehmender Warnungen von praktizierenden Ärzten würden die gesundheitlichen Auswirkungen der Dauerbestrahlung durch Mobilfunkantennen nach wie vor unterschätzt. „Wer erst mal wochenlang morgens schon gerädert aufwacht, dem bleibt nichts anderes übrig, als das Haus durch einen Fachmann von den Strahlen abschirmen zu lassen. Das hilft, kostet aber nicht gerade wenig. Das Paradoxe daran: ich zahle, und mein Nachbar kassiert Miete für den Antennenstandort! Sender gehören einfach nicht in Wohngebiete“, so das Resümee einer betroffenen Familie.

Schlussendlich könne ein bayerischer Volksentscheid auch ein positives Signal nach Berlin senden, die Grenzwertdebatte unter Berücksichtigung der zahlreichen dem Bundestag vorliegenden Ärzteappelle und Petitionen neu aufzulegen. „Deutschland hat mitunter die höchsten Grenzwerte für elektromagnetische Felder. Die basieren zwar auf einer Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), viele EU-Staaten haben aber mittlerweile weitaus niedrigere Vorsorgewerte eingeführt. Länder wie z.B. Russland und China haben von Anfang an Grenzwerte festgesetzt, die um das 1.000-10.000fache niedriger liegen. Und die Handys funktionieren trotzdem“, so Polivka.

Das Volksbegehren liegt zum Unterschreiben noch bis Montag, 18.07., in Wahlamt, Einwohneramt und Zulassungsstelle zu den jeweiligen Öffnungszeiten aus. Die Bürgerbüros haben am Samstag von 9-13h geöffnet, dafür aber am Montag nicht. Eine Sonderöffnung gibt es beim Wahlamt am Minoritenweg: Sonntag, 17.07. von 10-12h. Personalausweis nicht vergessen!